

Headhunter UDE



Die Jagd nach Köpfen wird verschärft. Geld gibts für alle Absolvent*innen. (Foto: Jes/ flickr.com/ (CC BY-NC-ND 2.0))

Jede*r vierte Studierende hängt das Studium an den Nagel. In technischen und naturwissenschaftlichen Fächern schaffen es sogar 42 Prozent nicht bis zum Abschluss. Den Ergebnissen der Untersuchung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) möchte das Land Nordrhein-Westfalen nun entgegenwirken. Erhalten die Hochschulen demnächst einen Geldregen?

Für jede*n Absolvent*in sollen NRW-Hochschulen künftig eine sogenannte Kopfprämie in Höhen von 4.000 Euro vom Land bekommen. Ziel ist es, den Universitäten durch die zusätzliche Förderung mehr Spielraum in der Gestaltung einer individuelleren Betreuung der Studierenden zu gewährleisten. Durch die separate Zeit soll den Student*innen auf dem Weg zu ihren Abschluss mehr unter die Arme gegriffen werden, sodass sich die Zahl der Studienabbrecher*innen verringert. Auch investiert das Land NRW 80 Millionen Euro in ein Sonderprojekt, das Jugendliche für die Universität – natürlich schwerpunktmäßig in naturwissenschaftlichen Fächern – begeistern soll. Davon geht ein großer Teil an die Förderung von Schüler*innen aus einkommensschwächeren Schichten, die an deutschen Universitäten noch immer unterrepräsentiert sind. Während 77 Prozent der Akademiker*innenkinder ebenfalls ein Studium antreten, sind es bei den Nichtakademiker*innen lediglich 24 Prozent.

Mehr Geld für Unis

Bislang erhielten nordrhein-westfälische Hochschulen pauschal 20.000 Euro für jede*n eingeschriebenen Studierenden, der im Vergleich zum Jahr 2005 zusätzlich eingeschrieben ist. Kein zu vernachlässigender Betrag, denn im Wintersemester waren 40.000 Studierende mehr in NRW eingeschrieben als noch vor zehn Jahren. Mit der Einführung der Kopfprämie ändert sich aber noch etwas. Die 4.000 Euro werden nicht einfach nach dem Abschluss eines Studierenden als Sahnehäubchen auf den Pauschalbetrag drauf gezahlt.

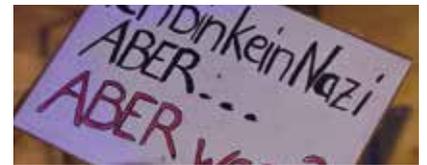
Mit Mitteln aus dem Hochschulpakt III liegt der Pauschalbetrag in den Jahren von 2016 bis 2022 nämlich nur noch bei 18.000 Euro. Den Universitäten fehlen somit erst einmal 2.000 Euro pro Studierenden. Das ist nicht zu unterschätzen: An der Universitäten Duisburg-Essen immatrikulierten sich im Wintersemester 2014/2015 knapp 4.500 Studierende. Mit der Kopfprämie stehen die Universitäten also unter enormen Druck, Studierende möglichst schnell zum Abschluss zu begleiten, um keinen finanziellen Engpass erdulden zu müssen.

„Gerade ist zu beobachten, dass die Numerus Clausus fürs kommende Wintersemester gesenkt oder gar abgeschafft wurden“, sagt Nils Kriegeskorte, AStA-Referent für Hochschulpolitik an der Universität Duisburg-Essen. Wegen der fehlenden oder gelockerten Zulassungsbeschränkung für viele Studiengänge ist es mehr Studierenden möglich, an die Uni zu gehen. Man könnte aber auch die Überlegung anstellen, ob die Abschaffung beziehungsweise Senkung der örtlichen Zulassungsbeschränkungen mit den finanziellen Vorteilen für die Universitäten zusammenhängen, so Kriegeskorte.

Bessere Betreuung oder Qualitätsverlust der Lehre?

Kritiker*innen werfen dem Bachelor/Master-System bereits einen enormen Qualitätsverlust vor, da Studierende viel mehr Prüfungen in viel kürzerer Zeit ableisten müssen. „Mit der Einführung der Kopfprämie könnten Studierende eine Einschränkung in ihrer Studienfreiheit erleiden“, erklärt Kriegeskorte. Um einen weiteren Verlust der Qualität akademischer Ausbildung sei sich also jetzt, wo die Universitäten finanziell noch mehr unter Druck stehen, zu sorgen. Das Ziel, durch das Studium junge Menschen zu kritischem Denken zu befähigen, könnte deshalb gefährdet sein. Kriegeskorte betont aber, dass auch die positiven Aspekte der Kopfprämie zu beachten seien: „Es kann aber auch davon ausgegangen werden, dass eine bessere Betreuung der Studierenden stattfindet.“ Er fügt hinzu: „In welche Richtung es sich entwickelt, kann jetzt aber noch nicht eingeschätzt werden.“ [fro]

Eine absehbare Überforderung



NRWs Kommunen sind mit der ansteigenden Flüchtlingszahl überfordert. In Dortmund konnten zwischenzeitlich keine weiteren Geflüchteten aufgenommen werden. Reaktion von vielen Bürger*innen: Pöbeln was das Zeug hält. Seite 3

Bundeswehr beeinflusst



Entweder tarnfarbener Rauch oder Strammstehen und Forschen. Die Bundeswehr ist an der UDE vertreten: In einem fragwürdigen Seminar von Andreas M. Rauch nimmt die Bundeswehr Einfluss auf Studierende. Seite 4-5

Du bist, was du isst



Gibt es bald nur noch Lebensmittel aus dem Labor? Müssen wir alle selbst anbauen oder gar containern gehen? Die Doku „10 Milliarden“ von Valentin Thurn widmet sich der zukünftigen Lebensmittelproduktion mit all ihren Facetten auf der ganzen Welt. Seite 6

FERIEN!

Die aktuell hat – genau wie ihr – Semesterferien! Na ja, nicht so ganz: In den kommenden Wochen erscheinen wir nur jede zweite Woche. Das nächste mal erscheinen wir also erst wieder am Mittwoch, 29. Juli. Ab dem 21. Oktober könnt ihr aber wieder jede Woche eure Studierendenzeitung lesen.

Die aktuell-Redaktion wünscht euch eine schöne vorlesungsfreie Zeit und viel Erfolg bei den Klausuren!

Vegan Street Day mal zwei

Kommentar

Pensionierte auf die Felder!

Das Sprichwort „Weniger ist mehr“ verstand man bisher als Anleitung zu Verzicht und Zurückhaltung. Die Tages-themen haben sich am 7. Juli an einer Veranschaulichung versucht: Thomas Roth betont da, das Baltikum hätte es im Gegensatz zu Griechenland alleine aus der Krise geschafft – unter anderem Dank der Rentenkürzungen.

Der nachfolgende Beitrag von Jürgen Kreller zeigt zunächst die 71-jährige Rentnerin Jadvyga Galiauskiene. Sie bekomme 271 Euro Rente, was zum Leben nicht reiche, also jobbe sie nebenher als Buchhalterin. Die alte Dame aus Litauen wird auch gebückt bei der Feldarbeit gezeigt und es heißt, sie arbeite selbst bei Regen auf dem Acker vor ihrem Haus, weil sie das, was dort wächst, zum Leben bräuchte. Dass die notleidende Dame hier keine Kartoffeln anbaut, sondern Erdbeeren, stört die Heldenhaftigkeit geringfügig, tut aber nichts zur Sache. Hier geht es um eine Rentnerin, die zwischen Zahlen und Rüben pendelt, um das Wohl der Wirtschaft und die Wiederbelebung einer verwundeten Konjunktur.

Ein Volk in der Krise, alle packen mit an: Weniger Beine-Hoch ist mehr Zupacken, weniger Ruhe ist mehr Stand. Oh Litauen, du erfolgreiche Nation, wie Phönix aus der Asche. Wer will schon von der Rente leben? Wer immer gearbeitet hat, kann schließlich nicht einfach damit aufhören: Travail – Opium unique. Um den kalten Entzug zu vermeiden, geht es auf dem heimischen Acker weiter. Pensionierte auf die Felder, wer faulenz, verliert! Die Last der Krise auf den Schultern der Schwachen – die sind immerhin viele, da verteilt sich das Gewicht besser. Litauen, nordischer Leitstern, du bist uns von nun an erwähltes Vorbild, Zukunftsmodell, Vision.

Aus Misere wird Maßstab: Eine Rentnerin, die sich den Einkauf im Supermarkt nicht leisten kann, ist nicht länger tragisch, sie ist beeindruckend. Galiauskiene äußert, sie hätte kein Mitleid mit den Griechen: „Ich bin dafür, dass man die Renten und Gehälter kürzen muss, damit sie endlich zu arbeiten beginnen und ihr Geld selbst verdienen müssen.“ Weniger Griechenland, mehr Litauen und alle Sorgen sind dahin. Mehr Nachrichten wären weniger Stuss gewesen. [sel]



Tofu Dog, No Dog oder doch lieber ein heißer Hund? Hauptsache ohne Fleisch. Auf dem 10. Vegan Street Day konnte am Friedens- und Reinoldikirchplatz in Dortmund wieder geschlemmt werden. aktuell schickte zwei Redakteur*innen an die Buden: Einer isst Fleisch, die andere ist schon länger Vegane-rin.

Ich mag Fleisch. Kein Schwein, aber auf ein gutes Stück Bio-Rinderfilet würde ich nicht verzichten wollen. Im Gegensatz zu einem immer größer werdenden Teil meiner Artgenossen halte ich es auch für vertretbar, einem anderen Lebewesen eine halbe Sekunde Schmerz zuzufügen, um es für meinen Genuss zu verspeisen. Vorausgesetzt natürlich es hat ein qualfreies, weitgehend artgerechtes Dasein gefristet.

Als „Fleischfresser“ oder „Fleischi“ hat man in bestimmten Kreisen der Altersgruppe 16-20 dieser Tage einen regelrechten Abwehrkampf zu führen. Ernährung wird Ideologie. Doch was bringt es sich immer auf die eigene Trutzburg zurück zu ziehen? Der Vegan Street Day in Dortmund schien eine gute Gelegenheit den eigenen Turm der moralischen Überlegenheit zu verlassen. Denn Ideologie ist wie Mundgeruch – den haben immer nur die anderen.

In der tierleidbefreiten Zone setze ich zunächst auf Altbewährtes und steuere einen Kaffee-Stand an. Erleichtert belausche ich die Konversation des älteren Pärchens in der Schlange vor mir. „Ist der Kaffee vegan?“, fragt sie. „Nein der ist Fair Trade“, antwortet er. Die Veranstaltung ist also nicht nur für Eingeweihte.

Diesen Eindruck vermittelt auch ein Blick über den Friedensplatz. Szene und Mainstream, Tierbefreier*innen und Fitness-Freaks: Die Mischung ist bunt und auf Anhieb sympathisch. Jetzt geht's ans Essen. Thai Curry für sieben Euro oder ein Burger für 6,50 Euro können auf den ersten Blick nicht überzeugen. Der Preis für gesellschaftliche Distinktion scheint hoch. Den Vogel schießt ein Stand ab, der „Freundschaft“ (alles bio, alles roh) in der 250ml-Flasche für vier Euro verkauft. Doch es geht auch anders, der vegane Döner und allerlei Pfeffersteak- und Gyros-Imitate sind erschwinglich und wenig überraschend richtig lecker.

Vegan ist raus aus seiner Nische und damit auch die Veranstaltung in Dortmund ordentlich durchgestylt und professionalisiert. Die Bandbreite der angebotenen Waren ist riesig, der Großteil der Ersatzprodukte geschmacklich mittlerweile

schwer in Ordnung. Da muss man jetzt auch gar nicht moralinsauer drüber diskutieren. Deswegen: Der vegane Straßentag lohnt sich auch für Fleischfresser*innen! [ska]

Seitenwechsel

Vegan, Wilmersburger oder die Essener Vegani-sierbar – das sind mir bekannte Namen. Als ich über den Platz schlendere, springt mir das Who-Is-Who der veganen Szene entgegen. Das hat auch seinen Grund: „Wilmersburger bietet uns zum Beispiel jede Menge Material: Die haben uns paketeweise den Käse gespendet um die Probieraktionen hier machen zu können“, sagt Micha Latzel von Animal Rights Watch e.V. (ARIWA) aus Ost-westfalen-Lippe. Die Tierrechtsgruppe organisiert den Vegan Street Day jedes Jahr.

Ich lasse den Wilmersburger aber erst mal liegen – dann können andere noch probieren. Dafür steuere ich zielsicher auf einen Schokodonut für gerade mal 1,40 Euro zu. Ich habe gerade bestellt, da sagt der Verkäufer schmunzelnd: „Das sind Donuts mit kakaohaltiger Fettglasur. Wir dürfen die gar nicht Schoki-Donut nennen.“ Wie die süße Verlockung heißt, ist mir im Endeffekt egal. Ich sehe nur Fett, Kohlenhydrate und nochmal Fett. Hmm lecker – Attila Hildmanns vegane Fitnessernährung ist sowieso nicht mein Fall. Ich will Zucker statt halbknacktem Rumgeprolle.

Nach einem No Dog, Apfelkuchen und Ahorn-Pekannuss-Eis geht es an die Infostände. „Artgerecht ist nur die Freiheit“ – ein Schweinekopf schaut mich zwischen Gitterstäben traurig vom ARIWA-Mobil an. Zahlreiche Initiativen informieren die Vorbeiziehenden über die Zustände in deutschen Mastbetrieben. Und das auch mit brutalen Bildern. „Das Ganze ist nicht einfach der Schmusekurs sondern man muss den Menschen auch zeigen, warum wir hier stehen“, sagt mir Latzel. „Den Verrohten, die hier rumlaufen und sagen ‚Ich ess aber trotzdem Fleisch‘, denen sollte man schließlich auch zeigen, wo ihr Burger herkommt“, so Latzel weiter.

„Mir ist es letztendlich egal, warum die Leute vegan werden. Hauptsache es werden immer mehr. Worauf ich aber auch hinweisen möchte: Mit Veganein ist auch verbunden, dass man draufguckt und liest“, sagt mir Latzel. Stichwort Nachhaltigkeit: Von Palmöl werde ich in Zukunft die Gabel lassen, den Regenwäldern zuliebe, die für das Massenprodukt gerodet werden. Vielleicht tut das auch mein Kollege ska, mit dem ich dann zum Abschluss noch ein Pfeffersteak esse. [mac]

Kommunen, kommt mal klar!

Die Lage ist ernst: Das Land Nordrhein-Westfalen hat enorme Probleme bei der Unterbringung von Geflüchteten. In nur einer Woche sind über 4.000 weitere Flüchtlinge angekommen – so viele wie in Frankreich monatlich. Während die bestehenden Kapazitäten nach Angaben der Kommunen vollkommen ausgeschöpft seien, formieren sich immer mehr rassistische Bewegungen in der Bundesrepublik.

Allein bis Juni nahm NRW mit 42.000 Menschen doppelt so viele Geflüchtete auf wie im Vorjahr. Man geht von weiteren 60.000 Flüchtlingen aus, die dieses Jahr in NRW Schutz suchen werden. Laut Bericht von Amnesty International haben Terrormilizen wie der Islamische Staat oder Boko Haram die größte Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. „Der Anstieg der Flüchtlingszahlen war vorhersehbar“, sagt Günter Burkhardt von Pro Asyl. Trotzdem gibt es große Probleme, die Flüchtlinge unterzubringen. In acht nordrhein-westfälischen Erstaufnahmestellen sind Windpocken ausgebrochen, die Bewohner*innen stehen unter Quarantäne. Deswegen müssen gerade viele Flüchtlinge nach Dortmund-Hacheney, wo aber kein Platz mehr ist. Kürzlich hatten sich um die 900 Geflüchtete auf dem Gelände der Erstaufnahmestelle aufgehalten. Die Ausstattung reicht aber lediglich für 250 Menschen. Die Leidtragenden der ganzen Sache sind die Geflüchteten, die nun teilweise unter freiem Himmel schlafen müssen. Glücklicherweise nahm die Stadt Hamm einen Großteil der Flüchtlinge auf und bot ihnen eine Unterkunft an, wenn auch nur in einer alten Turnhalle. Eine Verbesserung schätzt ein Sprecher der Stadt Dortmund aber als nicht realistisch ein, wie er gegenüber der Rheinischen Post verrät: „Der Trend geht weiter nach oben. Nach wie vor gilt: Es fehlen Plätze für Flüchtlinge in ganz NRW. Die Situation hier unterstreicht das deutlich.“

Solidarität mit Geflüchteten?

Wer sich die Äußerungen über die Schwierigkeit der Kommunen Flüchtlinge unterzubringen in den Kommentarspalten einiger Medien durchliest, dürfte sich fragen, ob er*sie auf einer Pegida-Seite gelandet ist. Geflüchtete werden als „Abschaum“ bezeichnet, Politiker*innen, die sich öffentlich für eine Verbesserung der Flüchtlingspolitik einsetzen, beleidigt und rechte Strömungen relativiert oder gefeiert. Für Aufsehen erregte auch die Stadt Bochum, die Flüchtlinge auf einem Friedhof unterbringen will. Statt sich über die pietätlose Unterbringung von Menschen zu konzentrieren, beschränkt sich der öffentliche Unmut scheinbar darüber, dass die Totenruhe gestört werde. Mit dieser Idee reiht sich Bochum in eine Reihe zweifelhafter Vorhaben zur Flüchtlingsunterbringung ein. Während Duisburg vergangenen Herbst Geflüchtete in dünnen Zelten unterbringen wollte (aktuell berichtete), hält die Stadt Schwerte Schwerte noch immer daran fest,



Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft erstarbt derzeit – und muss klar benannt werden. (Foto: Caruso Pinguin, flickr.com, (CC BY-NC 2.0))

eine Unterkunft für Flüchtlinge in einem ehemaligen Konzentrationslager Schwerte-Ost, ein Nebenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, zu öffnen. Angesichts der Menge an Wohnungsleerständen in den Ruhrgebietsstädten kann man von einer konstruierten Zwangslage sprechen. Laut Wohnbericht 2011 seien allein in Duisburg 19.000 Wohnungen frei.

Zustände wie in den 1990ern?

Zu Beginn der 1990er Jahre grassierte in der Bundesrepublik der größte Fremdenhass seit Ende des Zweiten Weltkrieges: In vielen deutschen Städten mobilisierten sich rassistische Bewegungen von „besorgten Bürger*innen“ und Rechten zu Protesten Flüchtlinge und Migrant*innen. Einen traurigen Höhepunkt markiert wohl die Woche vom 22. bis zum 26. August 1992, als sich rund 2.000 Menschen vor einem von vietnamesischen Gastarbeiter*innen und Flüchtlingen bewohntem Haus in Rostock-Lichtenhagen versammelten. Es kam zu heftigen Ausschreitungen: Die Rassist*innen warfen Molotowcocktails ins Haus und nahmen die Gefahr in Kauf, dass Menschen sterben. Wie durch ein Wunder kam niemand ums Leben. Besonders schockierend ist, dass sich die Polizei auf Anweisung zurückzog und den Rassist*innen damit nicht die Stirn bot.

Knapp 20 Jahre nach den heftigen Ausschreitungen brennen erneut Flüchtlingsunterkünfte. Allein in den letzten Monaten zündeten – vermutlich – Rechte geplante Unterkünfte in Meißen und Tröglitz an. Auch der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft scheint zu erstarken, wie die seit Wochen andauernden Proteste gegen eine Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Freital verdeutlichen. Zwar verurteilt Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, gegenüber der Zeit die rassistische Hetze, kann den Unmut manche*r Bürger*innen jedoch nachvollziehen: „Die Menschen wissen oft nicht, was auf sie zukommt“, sagt er ihr gegenüber. Er könne sich nicht vorstellen, dass

sich „irgendeiner weigert, jemandem aus dem syrischen Kriegsgebiet zu helfen.“ Die Tumulte bei einer Bürger*innenversammlung und Kommentare auf Internetplattformen beweisen aber das Gegenteil und zeigen welche menschenfeindliche Tendenzen innerhalb der Bevölkerung mit einem Dialog relativiert werden.

Auch wenn Demonstrationen von Pegida und Co. nicht mehr so gut besucht sind, haben sie deutlich gemacht, dass viele Bürger*innen nationalistische und fremdenfeindliche Gedanken teilen. Als Negativbeispiele gilt auch Duisburg-Neumühl, wo seit Jahren immer wieder eine pogromartige Stimmung unter Führung der rechtsextremen Partei pro NRW wegen der eröffneten Erstaufnahme für Geflüchtete für Aufsehen sorgt (aktuell berichtete). In Dortmund marschieren Anwohner*innen seit Wochen gemeinsam mit der rechtsextremen Partei Die Rechte gegen Flüchtlinge.

Schnellere Abschiebungen

Nachdem die Zahl der Flüchtlinge zu Beginn der 1990er ebenfalls auf über 400.000 kletterte, beschloss die Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) eine Verschärfung des Asylrechts. Die sieht vor, Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ oder „Drittstaaten“ kein Asyl mehr zu gewähren. Faktisch wurde damit das Grundrecht auf Asyl außer Kraft gesetzt. Denn um Deutschland zu erreichen, hat man vorher zwangsweise ein anderes EU-Land betreten. So können Asylsuchende wieder in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Obdachlosigkeit und Diskriminierung drohen. Mit der Verschärfung der Aufenthaltsbedingungen, die Anfang Juli vom Bundestag beschlossen wurden und demnächst in Kraft treten, müssen Schutzsuchende jetzt mit Inhaftierungen rechnen. „Dies wird dazu führen, dass die Mehrheit der Asylsuchenden, die unter die Dublin-III-Verordnung fallen, in Haft genommen werden kann“, schreibt Pro Asyl in einer Analyse über den Beschluss. [fro]

Tarnfarbener Rauch



Nur einen Katzensprung entfernt: Beim Essener Arbeitsamt können sich Studierende auch hinsichtlich einer Karriere bei der Bundeswehr beraten lassen. (Foto: mac)

Die Bundeswehr beeinflusst: An vielen Universitäten machen die Streitkräfte für sich Werbung oder forschen an eigentlich zivilen Institutionen. Auch an der UDE gibt es eine Kooperation mit einem großen internationalen Rüstungsunternehmen und die Bundeswehr wird in Person eines Jugendoffiziers in ein Seminar der Politikwissenschaft eingeladen. Im zweiten Teil unserer Reihe „Fragwürdige Einflussnahmen auf die UDE“ haben wir zu diesen Verbindungen recherchiert.

Der Duisburger Dozent Andreas M. Rauch ist ein vielbeschäftigter Mann, mit einer imposanten Vita und zahlreichen Bekanntschaften. Der gebürtige Münchener arbeitete schon beim Bundesverteidigungsministerium oder als Diplomat und Redenschreiber für einen CSU-Abgeordneten. Seit 2002 hat Rauch bereits an den Universitäten in Köln, Bonn und Erlangen gelehrt. Seit 2009 hält er auch Seminare in Duisburg-Essen ab. Bei all diesen Berufen gibt es zwei Konstanten, die Rauch begleiten: Das Militär und seine erzkatholischen Werte.

In beiden Kreisen konnte sich der Theologe und Politikwissenschaftler schon frühzeitig profilieren und pflegt beste Kontakte. Nach den Jobs für zwei Bundestagsabgeordnete und zahlreiche Ministerien war Rauch ab April 2002 erstmals bei der Bundeswehr angestellt, als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Militär-Universität in Straußberg. Seine Arbeit schien die Verantwortlichen überzeugt zu haben, Rauch wurde im Anschluss für zwei Bücher, unter anderem mit dem Titel „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, finanziell unterstützt.

Diese Verbindungen zu den Streitkräften wurde bereits bei den vergangenen Lehrtätigkeiten von Andreas M. Rauch offenkundig. Für sein Seminar „Arabischer Frühling“ an der Uni Erlangen lud sich Rauch gleich zur ersten

Sitzung einen Jugendoffizier ein. Beim folgenden Blockseminar in Berlin übernachteten die Studierenden in einer Kaserne, frühstückten im Offizierscasino und besuchten das Ehrenmal der Bundeswehr. Unterstrichen durch seine Veröffentlichungen wird deutlich: Andreas M. Rauch ist bestens mit der Bundeswehr verzahnt und zudem ein umtriebiger Vertreter für die Interessen der Streitkräfte. Auch sein diesjähriges Seminar am Institut für Politikwissenschaften nutzte der Professor für diese Agenda und holte sich einen Jugendoffizier an die UDE.

Jung, qualifiziert, sympathisch

Sie sind jung, hochqualifiziert, sympathisch, tragen kein Olivgrün: Die Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen auf junge Menschen wie Schüler*innen und Studierende einen guten Eindruck machen. So auch an der Uni Duisburg-Essen. In diesem Sommersemester lud der Dozent Andreas M. Rauch einen Jugendoffizier in sein Seminar „Humanitäre Hilfen und Interventionen auf dem entwicklungspolitischen Prüfstand“ ein. Der Bundeswehr-Vertreter sollte den Studierenden der Politikwissenschaft (PoWi) eine Einführung in das Planspiel Politik & Innere Sicherheit (POL&IS) geben. Die Wirkung dieser jungen Offiziere und des Bundeswehr-Spiels wird von Militarisierungsgegner*innen schon seit Langem kritisiert.

Ursprünglich entwickelt wurde das Planspiel POL&IS von einem Politikwissenschaftler in den Achtzigerjahren und soll vereinfachend die große Weltpolitik simulieren. 1989 ging die Lizenz dann an die Bundeswehr. Beim komplizierten Spiel helfen seitdem eben jene Jugendoffiziere, die auch schon an die UDE eingeladen wurden: „Die hilfsbereiten Soldat*innen hinterlassen natürlich einen guten Eindruck – das kann auch generell das Bild junger Leute von Soldat*innen beeinflussen. In der Realität sind Soldat*innen aber bewaffnet

und nicht so friedlich und nahezu zivil, wie sie bei POL&IS-Simulationen den Eindruck erwecken“, sagt Schulze von Glaßer, Beirat der „Informationsstelle Militarisation“. Der Verein bietet wissenschaftliche Analysen im friedenspolitischen Bereich. Dabei setzt er sich unter anderem mit Konfliktforschung, Rüstungsexporten und der NATO auseinander.

Subtile Indoktrinierung

Für die Teilnehmer*innen des Duisburger PoWi-Seminars von Andreas M. Rauch war der Ausflug nach Winterberg, wo POL&IS an einem Wochenende im Mai stattfand, sogar verpflichtend. Trotz abgeschaffter Anwesenheitspflicht beharrte der Dozent auf der Teilnahme, obwohl die Simulation nicht als Exkursion gekennzeichnet wurde. Schulze von Glaßer kritisiert darüber hinaus die unterschwellige Lenkung der Spielenden hin zu einem positiven Bild der Bundeswehr: „Das ganze Spiel funktioniert sehr subtil: Hier mal ein Bundeswehr-Einsatz zu ‚humanitären Zwecken‘ oder da mal Entwicklungshelfer*innen mit Soldat*innen schützen.“ Und: „Es geht bei POL&IS nicht wie beim Brettspiel ‚Risiko‘ darum die Welt zu erobern, sondern den Spieler*innen die deutsche Militär-Doktrin zu vermitteln“, so der Politikwissenschaftler Schulze von Glaßer weiter. Für ihn macht eine Beschäftigung mit POL&IS an der Universität nur dann Sinn, wenn man die militärische Propaganda auf einer Meta-Ebene analysieren wolle.

Die Methoden des Duisburger Dozenten könnten derweil durch den Grundsatz der Freiheit der Forschung und Lehre (§4 Abs. 2 Hochschulzukunftsgesetz) durchaus gedeckt sein. Eine klare Schlagseite Richtung Bundeswehr hatte das Seminar aber schon. Denn auf dem Seminarplan standen keine Gegenstimmen. Ein Studierender aus dem Umfeld des Seminars, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, beschreibt seine Motivation zur Teilnahme so: „Dass er seine erworbenen Kontakte und seine Kenntnisse aus früherer Tätigkeit einbringt, finde ich okay. Es kann auch durchaus die Diskussionskultur beleben, wenn Vertreter der Bundeswehr ihre Meinung vertreten und dann mit Gegenwehr der Teilnehmer konfrontiert werden.“ Politikwissenschaftler Schulze von Glaßer ist da kritischer: „Die Jugendoffiziere sind Propagandaoffiziere. Sie sollen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung positiv darstellen. Wenn man sich wissenschaftlich mit dem Thema auseinandersetzen will, sollte man also mindestens auch Gegenstimmen wie Friedensaktivist*innen einladen.“

Doch nicht nur in seinen Seminaren werden Rauchs zahlreiche Verbindungen deutlich. Seine bisherigen Publikationen zeigen sein Wirken bis hinein in neurechte Kreise. So schreibt der UDE-Dozent regelmäßig unter anderem für die christliche Zeitschrift „Die Neue Ordnung“, herausgegeben vom Institut

Tipps & Termine



U-Boote an der UDE? Die Universität Duisburg-Essen unterhält eine Kooperation mit dem Rüstungsunternehmen Thyssen Krupp Marine Systems. (Foto: Reinhard Schuldt/flickr.com/ CC BY-NC-ND 2.0)

Walberberg. Deren Kolloquium zum 1. Mai behandelte in diesem Jahr die Themen „Lügenpresse“ und „linke Tendenz in den Medien“. Dort sprach auch Chefredakteur Wolfgang Ockenfels, der unter anderem auch für die im Grenzbereich zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus agierende Zeitung „Junge Freiheit“ veröffentlicht und immer wieder mit rassistischen Äußerungen auf sich aufmerksam macht. So äußerte sich der Dominikanerpater zuletzt zur Asylpolitik und befand: „Das vormalige christliche Europa sollte wenigstens noch das Signal aussenden: Nicht Muslime, sondern islamisch bedrängte und verfolgte Christen genießen bei uns bevorzugt Asyl.“

Die Mär von den Flüchtlingsströmen

Auch der von der UDE beschäftigte Andreas M. Rauch, der bislang über 20 Texte in Die Neue Ordnung verfasste, bließ 2006 in ein ähnliches Horn, verpackte es nur dezenter und bekannte: „Die Sicherheit Deutschlands wird nicht mehr primär durch einen atomaren Schlag oder eine breite konventionelle militärische Aggression bedroht, sondern durch globale Umweltzerstörung, Flüchtlingsströme und internationale Kriminalität.“ Beschäftigt man sich näher mit Rauch und seinen erzkatholischen Verbündeten wird das neuere Netz immer dichter. Doktor Rauch ist Teil eines christlichen Kreises, dessen fast ausschließlich männliche Mitglieder auch immer wieder mit rassistischen Bekenntnissen auffallen. Die aktuell bat Rauch schriftlich um eine Stellungnahme, dieser wollte sich mit Verweis auf seinen gerade begonnenen Urlaub inhaltlich nicht äußern.

Aber nicht nur die Bundeswehr erhält ihren Platz an der UDE. Auch Unternehmen, die militärische Produkte herstellen, sind an einer Zusammenarbeit sehr interessiert. Ein

Beispiel ist das Rüstungsunternehmen Thyssen Krupp Marine Systems, das auf seiner Internetseite die Universität Duisburg-Essen als Kooperationspartner aufführt. Der führende europäische Systemanbieter für U-Boote und Marineschiffe hat sich mittlerweile auf das Militärgeschäft konzentriert. Derzeit liefert Thyssen Krupp Marine Systems U-Boote an Ägypten und konkurriert um einen 14-Milliarden-Deal in Australien. „Mit dem Unternehmen unterhält die Universität eine Kooperation, über die aber nur wenig öffentlich bekannt ist. Thyssen Krupp Marine Systems ist ein eindeutiger Rüstungsbetrieb und als möglicher Drittmittel-Geber könnte sich ein Unternehmen im Gegenzug natürlich Forschungsergebnisse versprechen“, so Schulze von Glaßer.

Ob, inwieweit und wofür Drittmittel an die Uni Duisburg-Essen gingen und gehen, ist öffentlich nicht bekannt. Die Vergabe von Forschungsgeldern ist noch immer sehr intransparent, dafür haben die Rektor*innen bei der Verabschiedung des Hochschulzukunftsgesetzes gesorgt. Von der größtmöglichen Transparenz, die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft noch beim ersten Entwurf des Gesetzes gefordert hatte, ist nur noch eine abgespeckte Version geblieben. Dort heißt es in § 71a: „Eine Information (...) findet nicht statt, soweit durch die Übermittlung der Information ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart wird und dadurch die Gefahr des Eintritts eines wirtschaftlichen Schadens entsteht.“ Ein Blankoscheck für die Rüstungsindustrie, die ihre Investitionen weiterhin nicht öffentlich machen muss. Aber: Die neue Grundordnung der UDE ist bereits im Genehmigungsverfahren. Sie beinhaltet auch eine Friedensklausel, die Forscher*innen dazu verpflichtet ihre Projekte kritisch zu hinterfragen. In Zukunft soll dann auch eine Ethikkommission über nicht-zivile Forschung entscheiden. [mac/ska]

Alkoholkonsum

Donnerstag, 16.07. Fiege Bier und Kino

Auf dem Gelände der Fiege Brauerei in Bochum flimmert es ab Donnerstag wieder sechs Wochen auf der Leinwand. Jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit wird der Brauhof zum Kino. Vorher zu kommen lohnt sich aber für Bierfreund*innen trotzdem, zusätzlich zum cineastischen Programm soll es jeden Abend Live-Musik und hopfige Kaltgetränke geben.

➤ Ab 20 Uhr, Moritz-Fiege-Str. 1, Bochum, Eintritt 8 Euro

Szene

Samstag, 18.07. Unfug, Spaß und Widerstand



Die Kampagne A.F.F.E. und das Netzwerk X haben da was vorbereitet. Auf dem Frohnhauser Marktplatz wird es Musik, Redebeiträge und eben viel Spaß geben. Das genaue Programm soll nachgereicht werden, oder auch nicht. Man lasse sich überraschen.

➤ 18-22 Uhr, Frohnhausen Marktplatz, Essen, Eintritt frei

Leibesübungen

Samstag, 18.07. Hallo Porto

Echte Europapokal-Athmosphäre verspricht das letzte Vorbereitungsspiel des MSV Duisburg. Niemand geringeres als der FC Porto gibt sich in Meiderich die Ehre eines letzten Tests vor dem Start der Zweiten Bundesliga. Im vergangenen Jahr mischte der portugiesische Traditionsclub noch die Champions-League auf. Man darf also von einem echten Knaller sprechen.

➤ Ab 18 Uhr, Schauinsland-Reisen-Arena, Duisburg, Eintritt ab 9 Euro

Und der Esel an der Angel, der bist du!

Mein Magen knurrt. Schnell einen Döner geholt. Oder lieber Fish and Chips, Brezel, Tiefkühlpizza? Aber was ist denn hier los? Der Supermarkt ist vollkommen leer und der Imbiss ausgeräumt. Eine Gruppe von Menschen läuft einem Mann mit Angel und Karottenköder hinterher. Schweißgebadet wache ich auf und laufe sogleich zum Kühlschrank. Dem Himmel sei dank, mein Schokopudding ist noch da! Werden solche Untergangsszenarien in ein paar Jahrzehnten Realität? Valentin Thurn hat sich in seiner Dokumentation „10 Milliarden“ mit der Frage beschäftigt, wie die Welt auch 2050 noch satt zu kriegen ist.

Hunger ist ein Gefühl, dem wohl die wenigsten Menschen in deutschen Breiten ausgesetzt sind. Im Gegenteil, denn in der westlichen Gesellschaft landet jedes achte Lebensmittel im eigenen Haushalt und rund die Hälfte der Supermarktware in der Mülltonne. Dieser Wegwerfgesellschaft widmete sich Thurn in seiner Doku „Taste the Waste“. In seinem neuen Film 10 Milliarden liegt der Fokus auf der Lebensmittelproduktion selbst. Er reist um die Welt, trifft Menschen aus industrieller und kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Nahrungsmittelspekulant*innen, besucht Fleischfabriken, Laborgärten und Regionalinitiativen. Mit im Gepäck: die Frage, wie der Ausbeutung knapper Ressourcen Einhalt geboten werden kann um die Nahrungsgrundlage der Menschheit aufrecht zu erhalten. Denn auch wenn es im Alltag unbedeutend erscheint, unsere lebenswichtigen Ressourcen sind nicht für die Ewigkeit bestimmt. Die Rede ist nicht nur von Erdöl oder Erdgas. Der Film streift ein noch bedeutenderes, dafür aber viel unbekannteres Problem: den Rohstoff Phosphor.

Phosphor adé?

Ein Mensch besteht u.a. aus etwa 700 Gramm Phosphor: es findet sich in unseren Knochen, im Gewebe, im Blut, in unserer DNS wieder. Kein Lebewesen kann ohne es auskommen. 80 Prozent des geförderten Phosphors dienen als Kunstdüngemittel, das vorwiegend in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt wird. Der Rohstoff wird aus Mineralien wie Apatit gewonnen. Da das abgebaute Phosphor zunehmend an Qualität verliert, könnte das Düngemittel schon in gut 20 Jahren knapp werden. Der Preis und die Nachfra-



Sind leere Felder bald Realität?



Eigene Gemüse im Garten anbauen: zukunftsweisend, lecker und macht Spaß. (Fotos: mal)

ge nach Phosphor steigen, denn es spielt auch in anderen Bereichen wie der Herstellung von Batterien für Elektroautos eine Rolle. Bedrohlich kann in Hinblick auf die Zukunft auch der Fakt wirken, dass sich derzeit China, USA, Marokko, Russland und Tunesien drei Viertel der Phosphatförderung teilen. Der Rest der Welt ist vom bisher wenig erforschten Phosphor-Recycling des Abwassers und zum großen Teil von Importen abhängig.

Abhängigkeit ist in der Landwirtschaft sowieso ein großes Thema: Konzerne wie Monsanto oder Bayer stellen 75 Prozent des weltweiten Saatguts her. Hybridsaatgut, welches die Bäuerinnen und Bauern nicht selbst vermehren können.

Geld vs. Natur

Während Monsanto zu keinem Gespräch bereit war, kommt Bayer in 10 Milliarden ebenso zu Wort wie Kusum Misra, die in Indien eine ganz besondere Bank ins Leben gerufen hat. In ihrer Saatgutbank tummeln sich dunkle Tontöpfe, in ihnen verschiedenste traditionelle Samen, für die Misra mütterliche Gefühle hegt: „Sie sind wie meine Kinder.“ Die Philosophie dieses Ortes kann dabei ebenfalls zu Tränen rühren: Jede*r kann sich hier kostenlos Saatgut mitnehmen und nach der Ernte einige Samen wiederbringen. Das Konzept funktioniert, genauso wie der Anbau der traditionellen Pflanzen, die gerade in Entwicklungsländern ertragreicher sind als die teure Hybridsaat. So zeigt Thurn beispielsweise auch das Reisfeld eines Bauern, dessen Ernte komplett durch eine Überschwemmung zerstört wurde. Die vermeintlich ertragreicheren Hybride sind im Gegensatz zu den traditionellen Sorten gegen viele Umwelteinflüsse nicht resistent.

Soy comes to Afrika

In Mosambik besucht Thurn hingegen einen „kommerziellen Farmer“, sprich einen weißen Großbauern, der Soja als Futtermittel anbaut und ebenso stolz und gerührt über seine riesigen Feldanlagen schaut, wie Kusum Misra über ihre Kinder spricht. „Wenn wir gewinnen, gewinnen alle“, meint er. Während Sojaanbau vor allem in

Südamerika Kleinbäuerinnen und -bauern in die Abhängigkeit treibt und dem Regenwald Konkurrenz macht, ist das Tierfuttermittel Nummer Eins auch längst in Afrika angekommen.

So wie Fleisch in Asien. In Indien, dem Land mit dem größten Vegetarier*innenanteil, trifft Thurn den Fabrikleiter einer Hühnerschlachtereier, die Starthilfe aus Deutschland erhielt und das deutsche Schlachtsystem kopiert. Begeistert erzählt der Leiter, dass hier eine Million Hühnchen pro Tag verkauft würden und die Nachfrage weiter steigen werde.

Fleisch. Das Thema wie es umweltfreundlicher hergestellt werden kann, führt dabei von Bio-bauern, zu 250.000 Euro Labor-Bürgern. Wobei sich die Frage aufdrängt, warum eine fleisch- bzw. tierfreie Ernährung nicht mehr in der Doku thematisiert wird.

Und nun?

Valentin Thurn schafft es den ganzen Film hindurch, seine Beobachterperspektive zu wahren, ohne Vorurteil an die unterschiedlichen Menschen heranzutreten und die verschiedenen Lösungswege miteinander zu konfrontieren. Der Zuschauerschaft wird ein Bilderreichtum eröffnet, aus dem sie sich selbst ein Bild machen kann. Und dem Ernst der Lage zum trotz betreibt Valentin Thurn keine Schwarzmalerei, sondern zeigt Wege, die jede*r gehen kann. Ob eine unabhängige Kleinbäuerin in Malawi, eine Stadtinitiative in England, die jede Grünfläche in einen Gemüsegarten umwandelt oder Food Coop und Food Sharing Organisationen in Deutschland, Möglichkeiten gibt es viele. „Ich weiß jetzt, dass ich mit jedem Einkauf mithelfen kann, dass die bald zehn Milliarden Menschen auf der Erde satt werden können“, sagt der Regisseur. [mal]

Nächste Vorführung:

Montag, 27. Juli, 20 Uhr, Filmstudio Glückauf, Rüttenscheider Str. 2. Eintritt frei.

Nuhr Shit



Ist bissig und bellt beim Thema Griechenland: Satiriker Jan Böhmermann. (Screenshot: Gerne)

Satiriker Jan Böhmermann mag es, in sozialen Netzwerken zu pöbeln. Und wir als kleine Loserzeitung mögen es, wenn Moderatoren von kleinen gebührenfinanzierten Losersendungen pöbeln. Das in der Summe gab eine heitere Woche im Netz. Böhmermann gegen Dieter Nuhr, Böhmermann gegen Sigmar Gabriel und Böhmermann gegen die deutschen Medien.

Jan Böhmermann ist immer zur falschen Zeit am richtigen Ort. Das schreibt er zu mindestens bei Twitter. Und so ein bisschen genießt er es auch, am richtigen Ort eine vorlaute Klappe zu haben. Gerade hat er #witzfrei – es ist Sommerpause beim Neo Magazin Royal. Doch er weiß die freie Zeit zu nutzen. Gerne sorgt er für Shitstorms im Internet. Am berühmtesten ist sein gefälschtes Varoufakis-Stinkefinger-Video. Aktuell erhält seine satirische Behandlung der laufenden Griechenland Debatte große Aufmerksamkeit.

Promis mit viel Senf

Zu der Entscheidung Griechenlands gegen die Sparpläne aus Brüssel wurde viel gesagt und geschrieben. Auch einige Prominente meldeten sich zu Wort, unter anderem Komiker Dieter Nuhr. Dieser schrieb auf Twitter: „Meine Familie hat demokratisch abgestimmt: Der Hauskredit wird nicht zurückgezahlt. Ein Sieg des Volkswillens!“ Die provokante Antwort von Böhmermann ließ nicht lange auf sich warten: „Hey Didi, ich hab mir gerade aus Versehen Deinen letzten Post durchgelesen und bin in Sorge: Sag mal, kann es sein, dass Jan Leyk und Til Schweiger Deine Facebook-Seite gehackt haben? Achja, und außerdem scheint die Alternative für Deutschland einen Bundesparteitag im Kommentarbereich unter Deinem Post zu veranstalten. Oder hast Du vielleicht einen Virus?“

Statt zu antworten, löscht Dieter Nuhr den Kommentar von Böhmermann. Hat wohl nicht so richtig Lust auf eine Diskussion. Böhmermann schon. Daher wundert er sich auch exzessiv auf Twitter über die Zensur: „Hey, @diaternuhr, irgendjemand hat meinen Kommentar unter Deinem Post gelöscht und mich

auf FB gesperrt. Seltsam!“, wäscht aber stellvertretend Nuhrs Hände in Unschuld: „Dein Facebook scheint kaputt zu sein, weil: mein Kommentar ist einfach verschwunden und irgendjemand hat außerdem direkt die Kommentarfunktion unter Deinem Post ausgeschaltet! Merkwürdig, vielleicht ein Trojaner? Wer auch immer da gerade Deine Facebookseite manipuliert, er (oder sie) hat ein seltsames Verständnis von Demokratie, freier Meinungsäußerung und Diskurs.“

Politische Bildung pushen

Der angepeilte Streit mit Nuhr ist leider nicht so richtig entfacht, da dieser „gerade im Urlaub und super entspannt ist“ und lieber Urlaubsfotos als eine Antwort an den Satiriker postet. Also sucht sich Böhmermann andere Spielgefährten. Da mittlerweile deutsche Politiker*innen nicht nur bei Facebook aktiv sind, sondern auch eifrig zwitschern, ist schnell ein neuer Schlagabtauschpartner gefunden. Via Twitter schreibt Böhmermann am Freitagabend an den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel die Aufforderung, dass er ihm und seinen Kollegen doch helfen solle diese „schwer für Politik zu erreichenden jungen Menschen für Europa zu begeistern.“ Von Gabriel bekommt Böhmermann sogar eine Antwort und direkt einen Terminvorschlag für den kommenden Donnerstag oder Freitag. Das war von Böhmermann nicht intendiert, er antwortet gewohnt frotzelnd, dass er eigentlich Sigmar Gabriel instrumentalisieren wollte und nicht andersherum. Ein Treffen käme leider noch nicht in Frage, schreibt Böhmermann: „Wir melden uns gerne, wenn wir uns für die unangenehm-volkstümliche Griechenland-Rhetorik von Bundesregierung und – huch– SPD-Vorsitzendem nicht mehr ganz so sehr schämen müssen wie gerade. Wann wäre das ungefähr?“ Schade eigentlich. Von so einem Treffen hätte das Neo Magazin Royal bestimmt guten neuen Stoff ziehen können.

Unsere schönen deutschen Euros

Und wäre das nicht unterhaltsam genug gewesen, so liefert Böhmermann am Samstag noch den Shitstorm Numero Drei. In einem Satire-Video kritisieren er und Klaas Heufer-Umlauf die Griechenland-Berichterstattung einiger deutscher Medien. In dem knapp dreiminütigen Video regen sie sich mit den Titeln von Bild, Spiegel und Stern künstlich über Griechenland auf. Am Ende des Clips wird jedoch als offene Kritik eingeblendet: „In diesem Sommer haben wir Deutschen eine historische Chance. Die Chance, uns ausnahmsweise mal nicht wie Arschlöcher zu benehmen.“ [Gerne]

Campusgeschichten



Auf dem Campus passiert so Einiges. Nicht nur fiese Klausurfragen, neidische Kommiliton*innen oder bissige Dozent*innen sind Hürden. Nein, im Studium kann es viel simpler sein. Wir widmen uns heute einer bislang unzureichend beachteten Gefahrenquelle: Der Drehtür des Grauens vor der gelben Cafeteria auf dem Campus Essen.

1. Das Brötchen-Schlamassel

Hast du vor Eintritt in die Gefahrenzone lippenleckend und speicheltropfend ein Brötchen aus der Cafeteria erworben, so solltest du im schlafwandelnden Leichtsinn nicht die trickreiche Drehtür betreten. Zu leicht kommt ein kleiner Windstoß, reißt dir die Semmel aus der Hand und sie fällt auf den Boden. Sofort zeigen deine nicht-steuerbaren Körperfunktionen, dass sie es voll drauf haben: Dein Haupt glüht schöner als jedes Streichholz und du bist gefangen in der Schmach deiner Tollpatschigkeit.

2. Das Drängel-Kompott

Rätselkönig*innen aufgepasst: Was passiert wohl, wenn fünf nahrungsaufnahmebereite Studis in eiliger „The Flash-Manier“ auf eine Drehtür zu rennen? Ja, genau...

3. Die Butterdramatik

An langen, heißen Sommertagen können Menschen auf merkwürdige Gedanken kommen. So konnten wir während eines Aufenthalts in der gelben Cafeteria in Essen kürzlich ein Gespräch belauschen, das von einem geplanten Butter-Attentat auf die Drehtür zeugte. Die baldigen Täter haben den perfiden Plan, bei hochsommerlichen Temperaturen ein Stück Butter mitten im Bereich der grauenhaften Drehtür zu platzieren. Durch die Hitze und die Bewegung der Tür soll das fettige Ungetüm den gesamten Bereich in eine klebrige, ausrutschgefährdende Landschaft verwandeln. Bleibt nur noch zu hoffen, dass sich die Bengel doch noch eines Besseren besinnen. [Gerne/fro]

Zeitungsredakteur*innen gesucht



Kreative aufgepasst: Wir suchen neue Redakteur*innen! (Montage: Thies Kiesewetter)

Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der akduell-Redaktion

zwei Redakteur*innen

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (20 EUR pro Ausgabe).

Während der Vorlesungszeit erscheint akduell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionsitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Donnerstag, den **13. August 2015** an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: akduell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Simon Kaupen (ska), Anett Selle (sel), Marie Eberhardt (mal), Philipp Frohn (fro), Linda Gerner (Gerne)
V.i.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de

SUDOKU

		8			1			
5	4			6	2			
	3		9	5	8	1		
	7						6	1
		2				9		
8	5							7
		7	1	2	9		4	
			5	7			9	8
			3			2		

WOHNHEIMGESCHICHTEN

